



Antrag

der Abgeordneten **Horst Arnold, Florian von Brunn, Ruth Müller, Herbert Woerlein, Susann Biedefeld SPD**

Angekündigte Reform der Landwirtschaftsverwaltung – Klarheit für Beschäftigte und Landwirte

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten über die geplante Reform der Landwirtschaftsverwaltung zu berichten.

Insbesondere soll dargestellt werden:

- welche Auswirkungen die angekündigte Rückführung der Landwirtschaftsverwaltung an die jeweiligen Regierungen auf die Staatliche Führungsakademie für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (FüAk) und die Ämter für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten hat;
- ob die Zukunft der dezentralen Außenstellen in Münchenberg, Regen, Marktredwitz und Kitzingen gesichert ist;
- ob die Widerspruchsbearbeitung und Prozessvertretung erneut an die Regierungen verlagert werden soll;
- ob die Koordination und der Vollzug der landwirtschaftlichen Förderung sowie die Bewirtschaftung des Haushalts der Ämter für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten künftig wieder in die Regierungen integriert werden soll;
- wie zukünftig weiterhin ein einheitlicher Fördervollzug gewährleistet werden kann, wenn die Fachaufsicht der Ämter für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten dezentralisiert wird;
- wie viele Mitarbeiter im Zuge dieser Rückführung der Landwirtschaftsverwaltung versetzt bzw. abgeordnet werden müssen und wie diese Versetzungen und Abordnungen sozial gerecht organisiert werden.

Begründung:

Im Zuge der Verwaltungsreform unter dem damaligen Ministerpräsidenten Dr. Edmund Stoiber erhielt die FüAk neue Aufgaben, die vorher großteils die Abteilungen „Landwirtschaft“ der sieben Bezirksregierungen erledigt haben. Zudem wurde der zentrale Prüfdienst angegliedert. Ziel dieser Reform waren unter anderem die Schaffung bayernweit einheitlicher Standards und Arbeitsweisen und eine gemeinsame Prozessvertretung.

Dieser Prozess war eine enorme Herausforderung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, viele Abordnungen und Versetzungen waren notwendig, um die Arbeitsfähigkeit der Behörde zu gewährleisten.

Nach nun mittlerweile 13 Jahren und einigen weiteren kleinen Reformen ist es gelungen, die Führungsakademie zu einer modernen und in Teilen regionalisierten Behörde zu entwickeln.

Durch die Ankündigung des Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder soll diese Entwicklung offensichtlich rückabgewickelt werden, es besteht die Gefahr, dass es erneut zu großen Verwerfungen in der Verwaltung kommt. Angesichts der Neuausrichtung in der Gemeinsamen Agrarpolitik darf diese Reform nicht dazu führen, dass die Förderungsabwicklung gefährdet wird und es in Folge dessen zu einer Gefahr der Anlastung kommen könnte.